

Schattenseiten der Windkraft

Detlef Heusler aus Baden-Baden schreibt zum Bericht „Hauk wirbt offensiv für mehr Windkraft“ (BT vom 15. Juli):

Der 2018 verstorbene Prof. H.-C. Binswanger aus St. Gallen (Schweiz) hat schon 1997 den signifikanten Begriff „Die verlorene Unschuld der Windenergie“ geprägt. Annähernd 100 Professoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben 1999 im sogenannten „Darmstädter Manifest“ mit großer Sorge zum Ausdruck gebracht, dass uns durch die ständig wachsende Zahl von Windindustrieanlagen die fortschreitende Zerstörung der Landschaft und des kulturhistorisch gewachsenen Erscheinungsbildes droht.

Mit der Windenergie wurde eine Technologie gefördert, die für Energieversorgung, Ressourcenschonung und Klimaschutz nicht zuverlässig genug ist (großräumige Windflauten mit immer wieder gegen null gehenden Leistungsausfällen, keine flächendeckend verfügbaren Speicher).

Die öffentlichen Fördermittel hätten wesentlich wirksamer zur Entwicklung von Speichertechnologien und alternativen Energieträgern sowie zur wissenschaftlichen Grundlagenforschung im Energiebereich eingesetzt werden können. Deshalb hat man (bislang leider vergeblich) gefordert, dass der Windkraft alle direkten und indirekten Subventionen

entzogen werden. Deutschland hatte schon damals, wie auch heute noch, aufgrund der hohen Einspeisevergütungen für Windstrom neben Dänemark die höchsten Stromkosten in der EU.

Das Fazit dieses Darmstädter Manifestes war verheerend, denn man kam zu dem Ergebnis: Windkraft ist nicht sozial, nicht logisch, nicht ökologisch, nicht ökonomisch. Dazu meine Meinung: Windindustrieanlagen gehören vor allem nicht in den Wald, auch nicht in den Staatswald, der allen Bürgern gehört und nicht einer ideologisch agierenden Landesregierung. Aber wen kümmert das schon, wenn ideologisches (sprich starres) Gedankengut bei einigen Parteien leider mehr als sachbezogene Ideen zählt und die Wissenschaft sowie neue Technologien dabei außen vor bleiben? Das tut weh und wird sich eines Tages rächen.

Klimawandel nicht ganze Wahrheit

Zur Berichterstattung über die Flutkatastrophe im Westen Deutschlands (BT vom 16. Juli) schreibt Reiner Wilmsmann aus Rastatt:

Es ist furchtbar, was da passiert. Ich fühle mit den Betroffenen mit. Nur dass die Politiker da wieder alles auf den Klimawandel schieben, entspricht nicht der ganzen Wahrheit. Immer mehr Bodenfläche wird versiegelt – und nicht zu vergessen, dass 90 Prozent der Fluss- und Bachläufe begradigt wurden. Man kann nicht ein Fass von 1.000 auf 800 Liter